



GEMEINSAM MEHR BEWEGEN

Juso Unterbezirkskonferenz

Region Hannover

27. März 2010

Südstadt

Beschlussbuch

BESCHLÜSSE

<i>Arbeitsprogramm</i>	5
GEMEINSAM MEHR BEWEGEN	
Arbeitsprogramm 2010	5
<i>Satzungsänderungen</i>	26
S1 SprecherInnenratsmodell	26
S3 Weiterentwicklung des Vorstands	28
<i>Arbeitsmarktpolitik</i>	30
Ar1 Praktika Praktikabel machen	30
<i>Bildung, Wissenschaft und Jugend</i>	30
B1 Bildungsföderalismus verändern	30
B2 Krankes Kind als Sparobjekt- für mehr	
Beschulung in Krankenhäusern	30
B3 Mitbestimmung in der Hochschule sicherstellen	31
B4 Hochschullehre verbessern	31
<i>Europapolitik</i>	32
Eu1 Ein Standort des Europäischen Parlaments	32
Eu2 EU-Programm für Plastikfischer	33
Eu3 Frontex umbauen – das Sterben stoppen	33
<i>Familien-, Frauen- und Gleichstellungspolitik</i>	34
F2 Gleiche Rechte für gleiche Pflichten	34
<i>Gesundheitspolitik</i>	35
G1 Hände aus den Hosentaschen! – Erste Hilfe stärken	35

G2 Mehr verantwortungsvolles Handeln -	
Für eine Reform des Organspenderechts	35
<i>Innen- und Rechtspolitik</i>	36
I1 Sofortige Beendigung der Personenkontrollen vor	
Moscheen	36
I2 Perspektiven und Anreize für den Polizeiberuf	37
I4 Jugendschutz Ja! Zensur Nein!	37
I5 Gegen ein geplantes oder gewünschtes Alkohol-	
Verkaufsverbot zwischen 22.00 und 4.00 Uhr	38
I6 Für eine Ausweitung der Alkoholtestkäufe und	
Eine konsequente Anwendung der Strafregelungen	38
I7 Bußgelder anpassen	39
<i>Kommunalpolitik</i>	39
K1 Honeywell muss Verantwortung für Altlasten	
Übernehmen – für die Einführung eines Altlastenfonds	39
K2 Post vor Ort	39
<i>Organisationspolitik</i>	40
O1 Arbeitstechniken demokratische weiterentwickeln	40
O2 Beschlussbuch	40
O3 Beschlussbücher veröffentlichen	41
<i>Sozialpolitik</i>	41
S1 Verhinderung der Einführung des Betreuungsgelds	41
<i>Umwelt-, Energie- und Verkehrspolitik</i>	41
U1 Atomausstieg jetzt kommunal weiterdenken	41
U2 Barrierefreiheit ausbauen!	42

U3 Klare Linie der Partei zur Gentechnik	42
U4 Lichtverschmutzung eindämmen – unnötige Beleuchtung auf den Prüfstand stellen	43
U5 Für gute und schnelle Lösungen für Mobilitäts- eingeschränkte Bürgerinnen und Bürger. Für die konsequente Umsetzung von Hochbahnsteigen.	43
Resolutionen	44
R1 Keine unangebrachten Nazivergleiche	44
Initiativanträge	45
Ini1 Schluss mit falschen Vorurteilen – Blutspende für Homosexuelle erlauben	45
Ini2 Schütteln ist lebensgefährliche – Bundesweit!	45
Ini3 Forschung rettet Leben – Stammzellgesetz ändern	46
Ini4 „Kurt“ Online – WLAN im Kurt-Schuhmacher-Haus öffnen!	47
Initiativantrag: Volksbegehren für gute Schule umsetzen	47

GEMEINSAM MEHR BEWEGEN Arbeits- programm 2010



Neustrukturierung der Arbeit im Juso Unterbezirk Region Hannover

GEMEINSAM MEHR BEWEGEN

5 Dieses Motto ist im nächsten Jahr Grundsatz unserer politischen Arbeit im Unterbezirk Hannover. Es bringt zum Ausdruck, dass die Jusos in der Region Hannover nur geschlossen und einig für unsere politischen Ziele und Auffassungen in die Partei und die Gesellschaft wirken können. Dazu benötigen wir eine erneuerte Kultur des Vertrauens und der Zusammenarbeit untereinander. Basis unserer gemeinsamen Arbeit müssen Transparenz, Pluralismus und Vertrauen ineinander sein.

10 Alle nachstehenden Punkte sind Teil einer Weiterentwicklung des Gesamtkonzepts zur politischen Arbeit im Juso Unterbezirk Region Hannover. Ziel der Weiterentwicklung ist es, mehr Mitglieder des Juso Unterbezirks in politische Arbeit einzubinden, sie zu qualifizieren, sie für anstehende Wahlen fit zu machen und über Gewährleistung von verlässlichen Strukturen, ein System zu schaffen, dass es ermöglicht, politisch interessierte und wache jungen Menschen in die sozialdemokratische Arbeit zu integrieren.

20 Grundlagen

Durch eine funktionierende Arbeit der Arbeitskreise im Juso UB wird ein verlässliches Fundament errichtet, das die Jusos in der Region Hannover durch politische Bildungsarbeit gestalten. Auf Grundlage dieses Fundaments, der Arbeitskreise, das heißt, der politischen Bildungsarbeit, erfolgt dann der Austausch und die breite Diskussion im AGen-Plenum. Offene Strukturen sind für dieses Arbeitsmodell unerlässlich, denn nur durch sie können viele Mitglieder ermutigt werden, schnell und unkompliziert einzusteigen. Wir sind ein offener Verband, der auch für die kurzfristige Mitarbeit zugänglich ist. Ein weiterer Punkt beinhaltet die Mitarbeit und Vorarbeit in der SPD und für die SPD. Die Jungsozialistinnen und Jungsozialisten sind die Jugendorganisation der SPD. Als Teil der Sozialdemokratie engagieren wir uns für unsere politischen Vorstellungen und wollen die SPD nach unseren Maßstäben gestalten. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, wird der Juso Unterbezirk seine ihm laut Satzung zustehenden Positionen in der SPD konsequent besetzen und das Ziel verfolgen, eine neue kritische Generation von politisch Interessierten in die Partei einzubringen.

Basisdemokratie: Das AGen-Plenum

40 Das Plenum der Arbeitsgemeinschaften der Jusos in der Region Hannover (AGen-Plenum) ist das höchste beschlussfassende Organ zwischen den

jährlich stattfindenden Unterbezirkskonferenzen und jeder Juso des Unterbezirkes ist grundsätzlich im AGen-Plenum rede-, antrags- und stimmberechtigt. Wir wollen, dass das AGen-Plenum dieser Rolle gerecht wird.
45 Daher wird das AGen Plenum im nächsten Jahr in einem festen Wochenabstand jeweils an wechselnden Tagen in der Woche stattfinden, um eine möglichst große Beteiligung und Verlässlichkeit zu ermöglichen. Weitreichende und grundsätzliche Entscheidungen werden im AGen-Plenum getroffen, denn hier ist Demokratie am nächsten an der Basis. Nur wenn
50 auch das AGen-Plenum in die Regelmäßigkeit der Treffen der Arbeitskreise mit einsteigt, kann das im Folgenden beschriebene Konzept für die Neustrukturierung der Arbeitskreise in seiner Vollständigkeit wirken.

Öffnung der Strukturen

55 Der Unterbezirksvorstand der Jusos in der Region Hannover öffnet seine Informationsstrukturen soweit, dass jeder Juso, der gewillt ist, alle Prozesse eines oder mehrerer Arbeitsschritte transparent nachvollziehen kann. Transparenz ist eine notwendige Voraussetzung für den Erfolg der Arbeit in unserem Richtungsverband. Transparenz schafft Vertrauen, Intransparenz zerstört Vertrauen. Wir wollen Vertrauen und Verlässlichkeit
60 für unsere Mitglieder schaffen. Daher tagt der Vorstand in jeder seiner Sitzungen öffentlich. Ziel muss es sein, dass unabhängig davon, ob jemand in den Vorstand gewählt wurde, jede und jeder an allen Diskussionen gleichberechtigt teilnehmen kann. Ein wichtiges Hilfsmittel dafür ist daher
65 der „große“ UB Verteiler, der in seiner bisherigen Form erhalten bleibt und einer großen Zahl an Jusos, die wichtigen offiziellen Informationen, wie beispielsweise Einladungen zukommen lässt. Darüber hinaus wird der Vorstandsverteiler für alle interessierten Jusos geöffnet und für jeden Arbeitskreis ein Fachverteiler eingerichtet, damit jeder Juso im Unterbezirk
70 die Möglichkeit hat, auf alle Informationen Zugriff zu erhalten, aber selbst entscheiden kann, welche Informationen er tatsächlich bekommen möchte. Es wird angestrebt, möglichst alle Verteiler nach einem einheitlichen Namensschema zu erstellen und sie in einer Übersicht auf der Juso-Homepage zusammenzufügen.

75

AGen stärken

Der erfolgreiche Weg des AKs Mitgliederbetreuung in Bezug auf den Ausbau der Juso-Strukturen in der Region Hannover soll weiter beschritten und intensiviert werden. Ziel muss es bleiben, in möglichst vielen Ortsvereinen Juso-AGen zu gründen und diese in ihrer Funktionsweise zu unterstützen.
80 Der Kontakt zu Ortsvereinen, die noch ohne Juso-AG sind, soll explizit gesucht werden, um die Schaffung weiterer AGen voranzutreiben.

Den bereits bestehenden AGen werden, wenn gewünscht oder erforderlich, Hilfestellungen bezüglich der Organisationsweise und der inhaltlichen Arbeit von Seiten des UBVs angeboten.

Mitgestaltungsmöglichkeiten in der SPD nutzen

Der Juso Unterbezirk muss zukünftig seinen Einfluss in der SPD tatsächlich nutzen. Anders als bisher, erschöpft sich die Vertretung der Jusos nicht im Unterbezirksvorstand der SPD. Genauso muss die Vertretung in der Regionsversammlung genutzt werden.

Die gewählten Vertreter der Jusos müssen an den Sitzungen teilnehmen, um dem AGen-Plenum über die Arbeit in den SPD-Gremien Bericht zu erstatten. Die Besetzung der uns zustehenden Stellen ist nicht nur deswegen wichtig, um Informationen zu Themen der Region aus erster Hand zu erhalten und dementsprechend auch schnell reagieren zu können. Es ist auch wichtig, dass Partei und Fraktion – wie auch die Jusos selbst – wissen, wer konkret für einen Themenbereich zuständig ist. Entscheidungen aus Partei und Fraktion müssen regelmäßig von den Jusos diskutiert und insbesondere durch Anträge begleitet werden. Diese Anträge müssen natürlich entsprechend vorbereitet werden. Eine weitere wichtige Rolle spielt der Faktor, dass die SPD bestimmte Themen inhaltlich (noch) nicht besetzt hat. Die Jusos spielen hier eine Vorreiterrolle, aber es bedarf einer Stimme, um die von uns besetzten Themen und Positionen, die sich im Zweifel durchaus von der Mehrheitsmeinung der Partei unterscheiden, in diese zu tragen.

Frauen in Verantwortung

Frauenförderung hat Tradition bei den Jusos. Die Frauenquote sichert bei den Jusos den Zugang zu politischen Ämtern und autonome Frauenstrukturen ermöglichen die bundesweite Koordination frauenpolitischer Aktivitäten. Trotzdem gibt es im Juso Unterbezirk Hannover immer noch zu wenige Frauen in politischen Schlüsselpositionen. Der Unterbezirk wird daher aktiv daran arbeiten, explizit Frauen zu motivieren, mehr Verantwortung in der Parteiarbeit zu übernehmen.

Neustrukturierung der Arbeitskreise

1) Die Arbeitskreise als Fundament der Bildungsarbeit

Die Arbeitskreise des Juso Unterbezirks in der Region Hannover bilden das Fundament der politischen Arbeit der Jusos im Unterbezirk. Der Juso Unterbezirk wird das Konzept seiner Arbeitskreise im nächsten Jahr neu strukturieren, um eine permanente und sich dauerhaft weiter entwickelnde politische Bildungsarbeit gewährleisten zu können. Kernpunkte sind dabei die zielgerichtete Arbeit der Arbeitskreise, Schulungen durch interne und externe Referen-

125 ten und die Aufwertung des AGen-Plenums durch regelmäßige Anträge aus den Arbeitskreisen. Damit einhergehend werden die entsendeten VertreterInnen in die SPD gestärkt.

2) Zielgerichtete Arbeit in den Arbeitskreise

130 Die Regelmäßigkeit der Treffen der AKs ist die Grundlage für einen funktionierenden Arbeitskreis. Jeder AK trifft sich daher zu einem regelmäßigen Termin. Nur durch eine konsequente Regelmäßigkeit ist es dem AK möglich, eine Strategie für sein Konzept zu entwickeln und folgerichtig umzusetzen. Dieses soll bei dem/n ersten Treffen des AKs geschehen. Der Unterbezirksvorstand wird zu Beginn eines jeden Halbjahres diese Termine gemeinsam mit den Arbeitskreisen festlegen und veröffentlichen. Die inhaltliche Arbeit wird somit in die Arbeitskreise verlegt, sie passiert dort, wo jedeR an den Diskussionen teilnehmen kann und mit dem Ziel der Antragstellung im AGen-Plenum. Ferneres Ziel der Anträge soll dabei die Diskussion mit und Umsetzung durch die Partei sein.

3) Bildungsarbeit stärken

145 Ziel der politischen Bildungsarbeit des Juso Unterbezirks muss sein, seine Mitglieder durch Veranstaltungen mit internen oder externen Referenten zu interessieren, zu schulen und sprach- und argumentationsfest zu bestimmten Themenfeldern zu machen. Um diesem Bildungsauftrag gerecht zu werden, entwickelt der Juso UB ein ganzheitliches, aufeinander abgestimmtes Bildungskonzept. Teil dieses Bildungskonzeptes ist das Angebot Veranstaltungen sowie Grundlagen- und Aufbauseminare auszurichten. Des Weiteren sind Vernetzungen zwischen einzelnen oder mehreren AKs wünschenswert, thematische Öffnungen fungieren so als Querschnittsaufgabe zwischen ihnen, die sich in gemeinsamen Veranstaltungen darstellen können. Öffentliche Veranstaltungen sind außerdem erstrebenswert, um sowohl inaktive als auch neue Mitglieder zu gewinnen und eine breite Öffentlichkeitswirkung und öffentliche Wahrnehmung zu erzielen. Um für alle Mitglieder des Juso Unterbezirks eine verlässliche Informationsquelle zur Verfügung zu stellen und eine gewisse Verbindlichkeit gegenüber dem Veranstaltungsmanagement zu garantieren, erstellt der Unterbezirksvorstand einen Veranstaltungsplan für das Jahr 2010. Aufgabe des Juso Unterbezirksvorstandes ist es, die verschiedenen Bildungsangebote der einzelnen Arbeitskreise auf sinnvolle Weise zu vernetzen und zu koordinieren. Dadurch soll ein „Gesamtkonzept“ der von allen AKs angebotenen Veranstaltungen erkennbar werden. Alle Termine, sowohl von Sitzungen, als auch von Veranstaltungen

werden gemeinsam koordiniert und zu diesem Zweck halbjährlich eine Übersicht über den Verteiler geschickt. Um die den Terminplan möglichst tagesaktuell zu halten, wird er auf der Homepage regelmäßig aktualisiert.

170 4) Effizienz steigern – In die SPD wirken

Die Diskussionen im AGen-Plenum dienen dann zwei Zwecken. Erstens, der Debatte und Wissensbildung in den eigenen Kreisen. Dort wo alle mit diskutieren und entscheiden können, können wir Jusos auch die Aufgaben von heute und morgen lösen. Zweitens, müssen die VertreterInnen in der SPD einen starken inhaltlichen wie organisatorischen Stellenwert bei den Jusos etablieren. Im AGen-Plenum kann das gesammelte Wissen der Jusos für unsere gemeinsamen Ziele mobilisiert werden. Hier können die Jusos die 41 Ortsvereine der Region Hannover für Kampagnen zusammenführen.

180

Gute Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Zu erfolgreicher und professioneller Juso-Verbandsarbeit, gerade in einem so starken Unterbezirk wie der Region Hannover, gehört untrennbar eine Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

185 Eine effektive Möglichkeit, in der öffentlichen Wahrnehmung präsent zu sein und den Platz in kommunikativer Hinsicht zu behaupten, ist eine offensive Zusammenarbeit mit den Medien. Chancen, punktuell und/ oder in regelmäßigen Abständen in der Presse oder auch im Hörfunk und Fernsehen Erwähnung zu finden, bestehen jedoch nur bei einem professionellen Umgang mit den Redaktionen. Dazu gehört es, Kenntnisse über redaktionelle Abläufe, über die Medientauglichkeit von Themen und die journalistische Aufbereitung von Informationen zu besitzen und dieses Wissen auch anwenden zu können. Professionell aufbereitete Informationen finden infolge der gegenwärtigen Tendenzen innerhalb der Medienlandschaft, die von Outsourcing und drastischem Personalabbau geprägt sind, in den Redaktionen dankbare Empfänger. Pressemitteilungen werden in Zukunft ordentlich vorbereitet und an die geeigneten Medien versandt. Erst danach sollte man mit den Redaktionen auch den persönlichen Kontakt aufnehmen. Eine erfolgreiche Pressemitteilung verfolgt das Ziel, dass sie höchstens etwas gekürzt, jedoch inhaltlich eins zu eins in den Medien erscheinen kann.

Bezogen auf die jüngere Generation, welche wir Jusos naturgemäß erreichen wollen, ist das Internet ein weiterer elementarer Baustein der Öffentlichkeitsarbeit. Es soll eine hohe Frequenz in der regionalen Nachrichtenveröffentlichung auf der Homepage umgesetzt werden, damit sich junge Menschen in der Region Hannover über unsere Standpunkte informieren können. Gegenstand der Darstellung auf der eigenen Homepage sollen Terminankündigungen sowie Ankündigungen von und Berichte über Aktionen sein. Sinnvoll ist es zudem, die Webpräsenz der Jusos in der Region Hannover optimieren, sowie soziale Netzwerke für die Öffentlichkeitsarbeit einzusetzen. Diese Onlinemedien dienen ebenfalls der Terminankündigung, der Darstellung eigener Positionen und entsprechen nicht zuletzt zielgruppenorientierter Kommunikation.

Der neue Juso-UBV wird für interessierte Mitglieder aus den AGen einen Workshop zum Thema erfolgreicher Pressearbeit anbieten.

Erfolgreiche Öffentlichkeitsarbeit besteht aus vielen Faktoren und wird u.a. durch die Arbeit in den Arbeitskreisen bewerkstelligt. Mit Videoblogs, Informationsflyern und der wahrnehmbaren Präsenz auf öffentlichen Veranstaltungen (Diskussionsforen, Festivals, Schorsenfest, Solarfest, etc.) gibt es dazu bereits gute Instrumente, die offensiv genutzt werden müssen.

ARBEITSKREIS FEMINISMUS UND GLEICHSTELLUNG

Das Projekt Gleichstellung wird mit einem stark veränderten Konzept ins
225 neue Jahr starten, das sich an der Neustrukturierung der Arbeitskreise des
Juso Unterbezirks orientiert.

Zuerst einmal gilt es, das Projekt Gleichstellung von einem Projektstatus in
einen Arbeitskreisstatus zu erheben, denn das Thema Gleichstellung ist
kein temporär lösbares Problem, mit dem es sich in einer gewissen Zeit-
230 spanne zu beschäftigen gilt, sondern eine Querschnittsaufgabe durch alle
Themenbereiche. Außerdem soll die Bezeichnung des AKs geändert wer-
den. Gleichstellung ist nicht nur Frauenpolitik. Sexuelle Diskriminierung
findet sich eben auch der Lebensrealität von Menschen, die das konserva-
tive Familien- und Partnermodell für sich nicht in Anspruch nehmen, wie
235 zum Beispiel Homosexuelle oder Alleinerziehende. Daher soll dieser Ar-
beitskreis zukünftig AK Feminismus und Gleichstellung heißen.

Des Weiteren werden die Koordinatoren des AK Feminismus und Gleich-
stellung dafür Sorge tragen, dem Bildungsauftrag des Unterbezirks Han-
nover mit Bildungsveranstaltungen sowie Grundlagen- und Aufbausemi-
240 naren mit externen und internen Experten gerecht zu werden. Den Auf-
takt wird eine Veranstaltungsreihe zu Thema „Frauenrechtlerinnen heute
und ihre Anfänge in Europa“ (Arbeitstitel) gemeinsam mit der AsF (Ar-
beitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen) machen.

Ein anderes Schwerpunktthema, mit dem sich der AK Feminismus und
245 Gleichstellung beschäftigen wird, ist die Lohnungerechtigkeit zwischen
Frauen und Männern. Im AK soll nach Möglichkeiten geforscht werden,
die männerbündischen Chefetagen in der Arbeitswelt aufzubrechen und
sie für Frauen in gleichem Maße zugänglich zu machen.

Gleichermaßen wird es Aufgabe dieses Arbeitskreises sein, Gleichstellung
250 auch im Zusammenhang mit Homosexuellen zu betrachten. Im Mittel-
punkt sollen die Auseinandersetzung um die sogenannte „Homo-Ehe“ und
die Diskussion über das Blutspendeverbot für homosexuelle Männer ste-
hen.

Um den Anspruch der Querschnittsaufgabe zwischen und durch die ver-
255 schiedenen Bereiche bei den Jusos und in der SPD faktisch umzusetzen,
strebt der AK Feminismus und Gleichstellung die Vernetzung mit anderen
Arbeitskreisen im Juso Unterbezirk an. Das bedeutet konkret, Veranstal-
tungen und Seminare inhaltlich wie organisatorisch zu verbinden.

260 **ARBEITSKREIS SOZIALES UND INTEGRATION**

In unserer Gesellschaft gibt es immer noch soziale Ungerechtigkeiten, die auch unter Regierungen mit Beteiligung der SPD vergrößert worden sind. Daher wollen wir uns als Jungsozialistinnen und Jungsozialisten intensiv mit der Sozial- und Integrationspolitik auf kommunaler Ebene hier in der
265 Region Hannover auseinandersetzen und dabei auch den Blick über den Tellerrand wagen.

In dem Arbeitskreis Soziales und Integration werden wir uns mit diesen Themenkomplexen und ihren Zusammenhängen auseinandersetzen. Dabei werden wir politische Theorie und Praxis miteinander verbinden, um
270 Hintergründe zu erkunden und Perspektiven zu entwickeln.

Die Einkommensschere in unserer Gesellschaft klappt immer weiter auseinander. Während die Reichen sich in abgesicherte Wohnsiedlungen zurückziehen, wird die Situation in so genannten „sozialen Brennpunkten“ immer prekärer. Als JungsozialistInnen muss es unsere Aufgabe sein, diese
275 Entwicklung umzukehren. Wir werden uns im Arbeitskreis mit dieser Problematik beschäftigen und versuchen, Lösungen zu ermitteln. Dabei soll auch langfristig eine Perspektive geschaffen werden, wie wir eine Veränderung herbeiführen können.

Hartz IV beschäftigt die Menschen und insbesondere die SPD auch weiterhin. Erst im Oktober hat das Bundesverfassungsgericht die Hartz IV
280 Regularien für Kinder für verfassungswidrig erklärt. Leider wissen jedoch viele JungsozialistInnen immer noch wenig über die Hartz-Reformen, obwohl es die sozialdemokratische Regierung Schröders war, die sie eingeführt hat. Wir wollen uns intensiv mit der Thematik beschäftigen, um uns für eine
285 konstruktive Debatte sprachfähiger zu machen. Wir wollen deshalb ein Seminar im Frühjahr 2010 anbieten, wobei wir sowohl juristische, als auch politischen Grundlagen analysieren werden.

Familien erfüllen unverzichtbare Funktionen und Aufgaben in unserer Gesellschaft. Dieser gesellschaftlichen Relevanz werden die vielfach schwierigen wirtschaftlichen und sozialen Lebensbedingungen in Familien nicht
290 gerecht. Daher machen wir es uns zur Aufgabe, Maßnahmen mit Blick auf die unterschiedlichen Familienformen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf etc. im Sinne der Familien nachhaltig mitzugestalten und einzuleiten.

Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund haben größere Schwierigkeiten, einen guten Bildungsabschluss zu erreichen. Gleichzeitig ist die
295 Bildungspolitik in Deutschland stark ideologisch beeinflusst. Dies hat deutliche Auswirkungen auf die bildungspolitische Diskussion in unserem Land. Die CDU und die FDP haben es sich zur Aufgabe gemacht, das Bildungssys-

300 tem des 19. Jahrhunderts ins 21. Jahrhundert zu überführen und dabei die
Belastung von Schülern und Studenten noch zu steigern. Wissenschaftli-
che Erhebungen zeigen, dass Kinder aus Familien mit sozio-ökonomisch
schwächeren Hintergründen systematisch benachteiligt werden. Dies hat
besondere Auswirkungen für Kinder und Jugendliche mit Migrationshin-
305 tergrund, weshalb wir dieses Thema als einen Schwerpunkt in unserer
Arbeit behandeln. Zusätzlich wollen wir auch die Möglichkeiten der außer-
schulischen Bildung für Migrantinnen und Migranten als einen Weg zur
Integration in unsere Gesellschaft thematisieren, um die vielfältigen Hin-
dernisse – wie mangelnde Sprachkenntnisse – zu diskutieren.

310 Akademikerinnen und Akademiker mit Migrationshintergrund wird die
Anerkennung ihrer Studienabschlüsse in Deutschland erheblich erschwert,
gleichzeitig haben wir einen Fachkräftemangel. Die Verschwendung dieser
Arbeitskraft kostet der Wirtschaft jedes Jahr Millionen. Aber es ist auch
eine Frage der Gerechtigkeit, wenn hoch qualifizierte Arbeitskräfte unter
315 ihren Qualifikationen arbeiten müssen.

In den öffentlichen Diskussionen um Straftäterinnen und Straftäter mit
Migrationshintergrund werden immer wieder alte Vorurteile geschürt,
nicht zuletzt auch von unseren politischen Gegnern. Dies führt dazu, dass
Menschen mit Migrationshintergrund sich in Deutschland nicht willkom-
320 men fühlen. Wir wollen diese Vorurteile bekämpfen und dabei auch einen
Blick auf die Rechtsprechung gegen MigrantenInnen werfen.

In dem Arbeitskreis wollen wir verschiedene Veranstaltungsformen wäh-
len. Wir wollen Referentinnen und Referenten zu den unterschiedlichen
Themen einladen, um uns über die vielfältigen Probleme und mögliche
325 Lösungswege zu informieren. Gleichzeitig wollen wir auch den direkten
Kontakt zu den Menschen suchen, interessante Einrichtungen besuchen,
mit Verbänden und Institutionen Kontakte knüpfen und öffentliche Veran-
staltungen durchführen.

330 **Arbeitskreis Umwelt und VerbraucherInnenschutz**

Wir Jungsozialistinnen und Jungsozialisten sind der festen Überzeugung, dass Umwelt- und VerbraucherInnenschutz kein in sich abgeschlossenes Themengebiet ist. Vielmehr ist er Teil der Vision des demokratischen Sozialismus und betrifft alle Lebensbereiche unmittelbar, denn nur in einer
335 intakten Umwelt können sich Menschen frei und sicher entfalten. Nur mit einem konsequenten VerbraucherInnenschutz ist Gerechtigkeit für alle möglich. Die Jusos in der Region Hannover werden daher den ständigen Arbeitskreis „Umwelt und VerbraucherInnenschutz“ ins Leben rufen. Mit vielfältigen Aktionen und Veranstaltungen kann ein Bewusstsein für öko-
340 logisches Handeln und VerbraucherInnenschutz geschaffen werden.

Auch wenn die SPD im Bereich „Atomkraft“ in den vergangenen Jahren einige wichtige Akzente setzen konnte, ist es nicht gelungen, mit diesem elementaren Themenbereich mehr Wählerstimmen zu gewinnen. Das lag unter anderem daran, dass es in vielen Bereichen gänzlich versäumt wurde, sozialdemokratische Positionen glaubwürdig zu entwickeln und keine
345 einheitliche Linie gefahren wurde. So wurde dieses Themenfeld viel zu lange allein den Grünen und Angela Merkel überlassen und es wurde versäumt, Diskussionen zu führen. Ein wichtiges Ziel dieses Arbeitskreises ist es daher, genau diese Diskussion zusammen mit externen und internen
350 Referentinnen und Referenten zu führen und die Jusos in der Region zu befähigen, Positions- und Antragspapiere zum Thema zu verfassen und in die Partei und Fraktionen zu tragen.

Wir sorgen für Unterstützung und (Mit-)Organisation von Demonstrationen zum Thema „Atomkraft“ u.ä. und wollen das Gespräch mit NGO's suchen. „Grüne und rote Gentechnik“, Atomkonsens, Lärm- und Lichtemissionen, Umweltverschmutzung, Lebensmittelskandale, unzureichende In-
355 formation von Verbraucherinnen und Verbrauchern sollen dabei die Schwerpunkte bilden. Eine gute Öffentlichkeitsarbeit mit thematischen Informationsständen, Videoblogs und Informationsflyern sollen ergänzend über den Verband hinaus ein Bewusstsein schaffen und für diese heiklen
360 Themen sensibilisieren.

Nach der Bundestagswahl und dem Verlust der Regierungsbeteiligung wird es schwerer die sozialdemokratische Sicht auf Bundesebene nach außen zu tragen. Ein besonderes Augenmerk wird also in der Zukunft da-
365 rauf liegen, umwelt- und verbraucherInnenschutzpolitische Themen auf kommunale Ebene zu beziehen und hier Überzeugungsarbeit zu leisten. Für uns Jusos ist es unerlässlich, Präsenz auf lokalen Veranstaltungen wie dem Solarfest zu zeigen und Diskussionen mit Bürgerinnen und Bürgern über regionale Klimaschutzprogramme zu führen, sowie konkreten Bau-
370 maßnahmen zu begleiten.

Besonders heikel ist die Problematik der Internetzensur und des Datenschutzes als eine alte Frage nach Freiheit auf einem neuen medialen Schauplatz. Auch hier sind wir der Meinung, dass vor der Verabschiedung des von Anfang an umstrittenen „Zugangerschwerungsgesetzes“ in der
375 SPD nicht lange und ausgiebig genug darüber nachgedacht wurde, was Bürgerrechte und Freiheit für uns bedeuteten. Der Schutz von Kindern und das Vorgehen gegen die Verbreitung von strafbarem Material im Internet sind wichtige Punkte, aber die Bevölkerung unter Generalverdacht zu stellen und die Einschränkung von Freiheitsrechten ist der falsche Weg. Nach-
380 dem dieses Gesetz zu scheitern droht, wird es nun darauf ankommen, eine intensive Diskussion über den Themenbereich „Netzwelt“ im Verband zu führen.

Arbeitskreis Internationales

385 Der Arbeitskreis Internationales wird eine Plattform bieten, um sich über internationale Politik auszutauschen, Informationen zu akquirieren, um sich mit diesen internationalen Themen auseinanderzusetzen und dazu eigene Positionen zu entwickeln. Inhaltlich strebt der AK Internationales an, sich mit folgenden Themenschwerpunkten auseinanderzusetzen:

390 Für ein soziales Europa

Die Schaffung einer gemeinsamen Sozialpolitik zählte nie zu den Zielen der Europäischen Gemeinschaft. Rechtliche Vorgaben mit sozialpolitischem Inhalt dienten der Realisierung des Binnenmarktes. Positive sozial- und arbeitsrechtliche Maßnahmen der EU waren jene, die sich aus der Arbeitnehmer- und Dienstleistungsfreizügigkeit ergaben. Die Konsequenzen des durch den Binnenmarkt und die Globalisierung entstandenen Wettbewerbes vermag die Europäische Union jedoch kaum auszugleichen. Ein wohlfahrtstaatliches Solidarsystem auf europäischer Ebene, welches die mit immer weniger Handlungsoptionen ausgestatteten nationalen Systeme der sozialen Sicherung entlasten könnte, existiert bis heute nicht. Wir Jusos, als feministischer, internationalistischer und sozialistischer Richtungsverband, werden uns mit dieser Thematik intensiv auseinandersetzen.

400 Europäische Flüchtlings- und Migrationspolitik

Um die Arbeit der Grenzkontrollen der Mitgliedstaaten an den EU-Außengrenzen zu koordinieren, wurde die Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen (Frontex) geschaffen. Dieses Programm wird stark kritisiert, da dadurch der Eindruck entsteht, dass der Schutz von Asylsuchenden keine Priorität in der europäischen Asyl- und Flüchtlingspolitik hat. Stattdessen stellt es sich dar, als würde Frontex ausschließlich an der Abwehr von Flüchtlingen und Zuwanderern mitwirken. Wir wollen diesen Themenkomplex beraten und Lösungen aufzeigen.

410 Situation in Afrika

Afrika ist und bleibt auf absehbare Zeit die Armutzone der Welt. Dabei spielt Afrika gleichzeitig eine zentrale Rolle für die Industrie und Landwirtschaft in den weiterentwickelten Ländern. Deswegen engagieren sich China, Europa und die USA nachhaltig in Afrika – nicht immer für die Menschen, sondern auch für die eigenen wirtschaftlichen Interessen. Die Folgen dieses Engagements sind häufig neue Armut, weitere Konflikte und Flüchtlingsbewegungen.

420 Deutschlands Afghanistanpolitik

Afghanistan hat in den letzten Monaten den Übergang von einer schwachen Demokratie zu einer Scheindemokratie vollzogen. Die Wahl Karzais entsprach nicht demokratischen Grundregeln. Gleichzeitig setzen die Be-

425 satzungstruppen in Afghanistan, auch die USA und Deutschland, eben auf
diese Regierung Karzais, um die Probleme des Landes anzugehen. Dabei
stellen zum Beispiel der Drogenanbau, die Korruption, die extremistische
Auslegung des Islams und der damit einhergehende Krieg gegen die Besat-
zungstruppen wesentliche Machtelemente der Gruppen dar, die Karzai an
430 der Macht halten. Der Weg, den Günstling der Konflikte im Land mit deren
Lösung zu beauftragen, scheint daher zumindest gewagt. Obama und
Merkel setzen aber auf diesen Weg, verbunden mit Truppenaufstockung
und ausgeweiteten Militäroperationen. Diese sind taktisch nicht zu verlie-
ren, strategisch ist der Krieg aber so nicht zu gewinnen. Hier müssen die
435 Wirkung der jetzigen Strategie analysiert und alternative Lösungsstrate-
gien diskutiert werden.

Iran

Im Iran treffen derzeit drei Komponenten zusammen: Eine menschenver-
achtende Diktatur, eine Bewegung, die der Gesellschaft Freiheit und Ge-
440 rechtigkeit gewährleisten will und ein ambitioniertes Atomprogramm.
Zusammen beeinflussen sich diese drei Komponenten, was zu einer explo-
siven Mischung führt. Die Solidarität der Jusos gehört der demokratischen
Bewegung des Irans. Gleichzeitig müssen die Jusos eine Position finden,
wie mit dem Iran umzugehen ist, wenn sein Atomprogramm Erfolge zei-
445 gen sollte. Diese beiden Komponenten werden wir vertieft diskutieren
und dazu informieren.

Internationalität leben – Austausch ermöglichen

Für eine gute Arbeit des AK Internationales ist es von großer Bedeutung,
Kontakte zu anderen JungsozialistInnen innerhalb Europas zu knüpfen, um
450 sich ein besseres Bild über die Arbeit anderer GenossInnen zu machen und
um sich mit Problematiken anderer europäischer Länder zu befassen.
2008 fand ein Austausch mit baltischen JungsozialistInnen statt. Ziel muss
es sein, ein solches Projekt mit dem Baltikum oder anderen Bündnispart-
nern wieder aufzunehmen und so den Jusos im Unterbezirk Region Han-
455 nover bzw. Jusos des Bezirks Hannover die Möglichkeit zu geben, den In-
formationsaustausch zu intensivieren.

Arbeitskreis Mitgliederbetreuung, Mitgliederaktivierung und Politische Bildung

460 Die Jusos in der Region Hannover setzen es sich zur Aufgabe, Strukturen zur Mitgliederbetreuung und Mitgliederaktivierung zu schaffen, die den Erfordernissen einer basisdemokratischen, mitgliederstarken Arbeitsgemeinschaft in der SPD angemessen sind. Grundsätzlich ist es Ziel und Aufgabe der Jusos, in der Jugend für die Ziele des Demokratischen Sozialismus zu wirken und politische Bildungsarbeit in diesem Sinne zu leisten.

465 Der Arbeitskreis Mitgliederbetreuung, Mitgliederaktivierung, Politische Bildung entwickelt dazu ein Konzept, das regelmäßige Seminar- und Bildungsangebote bereitstellt. Folgende Bereiche der politischen Bildungsarbeit sollen dabei im Vordergrund stehen:

470 Wie kann und soll linke Juso-Politik heute aussehen?

Die Jusos verstehen sich als linker Richtungsverband innerhalb der SPD. Wir wollen mit unseren Inhalten und Positionen in die Partei hineinwirken und ihre Politik mitbestimmen. Doch was bedeutet das für uns? Der AK MMP organisiert zu diesem Themenkomplex Seminare und Bildungsveranstaltungen, die sich dezidiert mit dieser Frage auseinandersetzen. Auf externe Referentinnen und Referenten als Impulsgeber soll ausdrücklich zurückgegriffen werden. Außerdem wird in einem Arbeitsprozess formuliert, was „linke Politik“ für uns bedeutet und wie diese auf den verschiedenen Ebenen unserer Partei eingebracht und umgesetzt werden kann.

480 Seminare für Neumitglieder / Mitgliederbetreuung

Neumitglieder der Jusos und/oder der SPD bedürfen in der Regel einer besonderen Heranführung an politische Themenfelder und an politische Arbeit im Allgemeinen. Dies sollen explizit auf neue Mitglieder unserer Organisation zugeschnittene Einführungsseminare leisten.

485 Konkret werden wir daher:

- Ein Begrüßungsschreiben des Juso Unterbezirkes für Neumitglieder mit allen relevanten Informationen zusammenstellen.
- Mindestens halbjährlich ein Neumitgliederseminar zu den Grundlagen Jungsozialistischer Politik veranstalten.
- 490 • Vierteljährlich Neumitgliederabende stattfinden lassen.

Regionale Mitgliederbetreuung

Die Mitgliederbetreuung ist eine der zentralen Aufgaben, die sich Jungsozialistinnen und Jungsozialisten stellen. Neben der Qualifizierung von neuen Genossinnen und Genossen, sind Reaktivierung und ständige Weiterbildung von GenossInnen wichtigste Aufgabe auch der Jusos in der Region Hannover. Dabei kommt den Arbeitsgemeinschaften und dem Unterbezirksvorstand eine hohe Verantwortung zu.

500 Gleichzeitig müssen wir feststellen, dass die bestehende Praxis der Mit-
gliederbetreuung Lücken aufweist. Kernproblem ist, dass trotz aller Erfolge
bei der Gründung von lokalen Arbeitsgemeinschaften im letzten Jahr,
es nicht einmal in der Hälfte der 41 Ortsvereine in der Region Hannover
dauerhaft funktionierende Arbeitsgemeinschaften gibt. Der Unterbezirks-
505 vorstand kann nicht allein die geeigneten Maßnahmen ergreifen, um eine
gründliche und angemessene Betreuung zu gewährleisten. Die Jusos in der
Region Hannover organisieren daher die Mitgliederbetreuung neu. Dafür
richten sie regionale Betreuungscluster vor Ort ein. Diese Cluster werden
durch das AGen-Plenum beschlossen und bei Bedarf ggf. verändert. In den
510 jeweiligen Clustern organisieren ortsansässige GenossInnen die Mitglie-
derbetreuung.

Der Vorstand koordiniert die Arbeit der Cluster-Verantwortlichen. Er stellt
Fortbildungsangebote für die BetreuerInnen sicher, leitet Informationen
weiter und stellt, wenn erforderlich, die notwendige Infrastruktur (z.B. IT)
bereit.

515

Arbeitskreis Bildung

Die erfolgreiche Arbeit des AK Bildung des letzten Jahres wird fortgesetzt. Aufgabe des Arbeitskreises Bildung wird es zukünftig jedoch nicht nur sein, sich gemeinsam über Bildung und Bildungspolitik zu informieren, sondern auch, und vor allem, in die Partei hinein zu wirken. Das Themenfeld Bildung bietet eine sehr gute Möglichkeit unsere Positionen auch in den SPD Landesverband und in den Landtag zu tragen. Da bei Bildung Landeshoheit gilt, können wir Jungsozialistinnen und Jungsozialisten hier unmittelbar mit den Akteuren der niedersächsischen Bildungspolitik und den sozialdemokratischen Vertreterinnen des Landtages kommunizieren. Neben diesen Aspekten der unmittelbaren Kommunikation, muss es fortwährende Aufgabe des AK Bildung sein, über das gesamte Jahr hinweg Grundlagenveranstaltungen anzubieten. Inhalt dieser Veranstaltungen wird unter anderem die Diskussion über Beschlüsse und Positionen der SPD zum primären, sekundären und tertiären Bildungsbereich sein. Dabei ist eine kritische Reflektion eben dieser Standpunkte gefordert. Die Kooperation mit der SPD hat ebenfalls große Priorität. Die Aufgabe des AK Bildung wird die fortwährende Unterstützung der Partei bei wichtigen Anliegen wie der Initiative „IGS Jetzt“ oder dem „Volksbegehren für gute Schulen in Niedersachsen“ sein. Um sich inhaltlich sicher bewegen zu können, bedarf es grundlegendem Wissen über die niedersächsische Bildungspolitik und die Beschlusslagen der SPD-Landtagsfraktion. Thematisch wird das Jahr mit einer intensiven Diskussion über die aktuelle Lage in Niedersachsen beginnen. In diesem Zusammenhang werden wir über mögliche Perspektiven der frühkindlichen Bildung, des Schulsystems, der Berufsbildung und der Hochschulen in unserem Bundesland sprechen. Alle Stationen der Bildungsbiographie sind für die politische Konversation wichtig. Ein weiteres Kernthema stellt die Inklusion bzw. die inklusive Pädagogik dar, bei der es um die Wertschätzung von Vielfalt in Bildung und Erziehung geht. Dabei wird das Ziel verfolgt, dass alle Schülerinnen und Schüler unabhängig von ihren Fähigkeiten oder Beeinträchtigungen sowie ihrer ethnischen, kulturellen oder sozialen Herkunft, gemeinsam unterrichtet werden sollen. Dementsprechend entwickelt sich als eine zentrale Frage des AK Bildung: Wie müssen unsere Schulen aussehen? Dazu sollen Gespräche mit Expertinnen und Experten stattfinden, die die inhaltliche Diskussion innerhalb des UB Hannover anreichern. Drittens wird das Hauptaugenmerk der Arbeit des AK Bildung ein differenzierter Dialog über die Lehrerbildung sein. Dies dient auch der Ganzheitlichkeit der Arbeit des AKs. Verbesserte Schulen werden nur Sinn machen

können, wenn Lehrerinnen und Lehrer den Gegebenheiten entsprechend gut ausgebildet werden.

560 Inhaltliche Arbeit in Sachen Bildung ist eine der größten Kompetenzen der JungsozialistInnen. Dies muss auch so nach außen getragen werden. Eine gute Presse- und Öffentlichkeitsarbeit ist für diesen AK unabdingbar. Folglich macht es Sinn, auch interessierte Bürgerinnen und Bürger in die Bildungsdebatte einzubeziehen. Öffentliche Veranstaltungen, ergo über die Parteigrenzen hinaus, sollten als aktivierendes Instrument eingesetzt werden. Darüber hinaus wird sich der Arbeitskreis bemühen mit Schülervertretungen zusammenzuarbeiten und diese in die öffentliche Diskussion zu integrieren.

565

Arbeitskreis Kommunalpolitik

570 Das erklärte Ziel des AK Kommunalpolitik des *Juso-Unterbezirks Region Hannover* wird im nächsten Jahr eine grundlegende Positionierung zu den aktuellen Themen in der Region Hannover sein. Damit wollen wir sowohl in die Partei hinein, als auch in den Wahlkampf mündend, gut vertreten und aufgestellt sein.

575 Absehbare thematische Schwerpunkte werden Themen wie die Neugestaltung der niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) sein. Darunter fällt vor allem die öffentliche Daseinsvorsorge. Aber auch Themen wie PPP/ÖPP, die Üstra-Linienführung, sowie die Hochbahnsteigproblematik werden behandelt. Ebenso wichtig wird eine Beschäftigung mit der Zukunft der Job-Center sein.

585 Deshalb werden wir uns intensiv mit alldem auseinandersetzen und versuchen, die Thematik greifbar zu machen. Diskussionen mit parteiinternen sowie externen Fachleuten werden zu organisieren sein, um schlussendlich Beratungen durchzuführen, auf deren Basis wir Beschlüsse, Forderungen und Vorschläge für das Kommunalwahlprogramm und die aktuelle Tagespolitik fassen können.

590 Darüber hinaus werden wir, orientiert an der Kommunalwahl 2011, Infomaterialien erstellen, mit denen wir Jusos gestärkt und gut vorbereitet in den Wahlkampf gehen können. Desweiteren müssen wir evaluieren, ob wir als *Jusos UB Region Hannover* diese nur intern verwenden, oder auch verteilen und bewerben. Hierfür ist jusointern eine enge Abstimmung mit der Stadtkoordination und den AGen, sowie parteiweit mit der Regionsfraktion, den Stadtratsfraktionen, dem Unterbezirks- sowie Stadtverbandsvorstand, etc. nötig.

600 Die Mitarbeit im AK sollte Möglichkeiten bieten, verschiedene Kompetenzen zu erwerben, die eine tiefergehende und qualifizierte Arbeit gewährleisten. Dies kann sodann auch die Grundlage für ein weitergehendes Engagement sein, zum Beispiel in Form der Bewerbung auf Listenplätze. Damit diese in einer aussichtsreichen Position sind, müssen wir natürlich auch in die Partei hineinwirken.

605 Für zielgerichtetes Handeln müssen wir AK-übergreifend agieren, wofür eine kommunikative und interaktive Arbeitsatmosphäre unerlässlich ist.

Forum Arbeit und Wirtschaft

Das arbeits- und wirtschaftspolitische Forum der Jusos in der Region Hannover soll Diskussionsrunden, Seminare und Vorträge zur Schulung der Jusos Region Hannover zum Themenkreis Wirtschaft und Arbeit vorbereiten und umsetzen. Daraus sollen Thesenpapiere entstehen, auf deren Grundlage komplexe wirtschaftspolitische Zusammenhänge dargestellt und arbeitspolitische Konzepte entwickelt werden können. Die Ergebnisse der Diskussionsrunden sollen festgehalten und zur praktischen Umsetzung in Form konkreter Anträge an SPD-Gliederungen gegeben werden. Dabei stehen wir in kritischer Solidarität zur Partei und wollen so versuchen die programmatische Ausrichtung der SPD nachhaltig zu verbessern. Im Rahmen eines Diskussionsforums wollen wir dabei unsere allgemeine Kompetenz in arbeits- und wirtschaftspolitischen Fragen weiter entwickeln. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, nicht nur zu kritisieren, sondern auch möglichst konkrete Alternativen aufzuzeigen und sie verständlich zu erklären. Dabei wollen wir auf Referentinnen und Referenten von Verbänden und verschiedensten Partei- und Juso-Ebenen zurückgreifen, um neue Ideen aufzugreifen und sie in unsere Arbeit mit einzubeziehen. Diskussionsthemen werden beispielsweise das bedingungslose Grundeinkommen, die Neuordnung der internationalen Finanzmärkte und die künftige Ausgestaltung der Leiharbeit sein. Vor dem Hintergrund aktueller Skandale um die extreme Überwachung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden wir uns auch mit der Frage nach neuen gesetzlichen Regelungen in diesem Bereich befassen.

635

640

645

Arbeitskreis gegen Rechts

Der Kampf gegen Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus ist einer der wichtigsten Arbeitsbereiche der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten. Gerade in den letzten Jahren versuchten rechtsextreme Organisationen, immer wieder in der Region Hannover Fuß zu fassen. Dies zu verhindern, muss Teil einer erfolgreichen jungsozialistischen Politik sein.

Die Arbeit im AK gegen Rechts wird sich in zwei Bereiche gliedern. Der organisatorischen Bereich , in dem wie in den letzten Jahren (Gegen-)Demonstrationen, sowie antifaschistische Bündnisarbeit organisiert werden und der Informationsbereich. Dieser ist in den letzten Jahren auf der Strecke geblieben. Eine erfolgreiche Arbeit gegen Rechts kann sich aber nicht nur auf das Organisieren von Gegendemonstrationen beschränken, vielmehr muss der AK gegen Rechts auch Bildungsveranstaltungen anbieten und hier konkrete Schulungsangebote nicht nur für Mitglieder schaffen. Hier soll z.B. über rechte Aktivitäten in der Region Hannover informiert oder über rechte Burschenschaften aufgeklärt werden. Für diese Veranstaltungen sollen kompetente ReferentInnen z.B. aus dem Juso-Landesvorstand, der SPD oder anderen, externen Organisationen eingeladen werden.

Im Zuge dieser Schulungen werden eine Informationsbroschüre und konkrete Anträge für höhere Juso-Gremien oder die SPD erarbeitet. Themen hierfür sollen gemeinsam im AK erarbeitet werden. Zudem wird der Arbeitskreis Schulungen für die SPD in der Region Hannover anstreben. Dafür erstellt der Arbeitskreis eine für die SPD optimierte Informationsbroschüre. Er bereitet einen Antrag für den Unterbezirksbeirat vor, der in jedem Ortsverein im Umland und in jedem Landtagswahlkreis in Hannover eine Infoveranstaltung zur Entwicklung des Rechtsextremismus in der Region Hannover vorsieht. Der Arbeitskreis soll dafür die Referenten schulen. Die Veranstaltungen sollen in Rahmen von Mitgliederversammlungen stattfinden.

Anträge

Satzungsänderungen

SATZUNGSÄNDERUNG 1) SPRECHERINNENRATSMODELL

5 Antragssteller: Juso Unterbezirksvorstand

Die Unterbezirkskonferenz der Jusos in der Region Hannover möge beschließen:

Es wird ein neuer § 8 in die Satzung eingefügt:

10 **§ 8 [Abweichende Regelungen: SprecherInnenrat]**

(I) Abweichend von den Regelungen in § 5 Absatz 1 besteht der Unterbezirksvorstand aus einem SprecherInnenrat aus gleichberechtigten Sprecherinnen und Sprechern. Alle Aufgaben des Unterbezirksvorstandes entfallen auf den SprecherInnenrat. Die Unterbezirkskonferenz legt vor der
15 Wahl eine ungerade Anzahl von SprecherInnen fest.

(II) Der SprecherInnenrat beschließt über seine Geschäftsordnung und einen Plan zur Geschäftsverteilung. Der Plan zur Geschäftsverteilung enthält insbesondere Regelungen über:

- 20 1. die Verantwortlichen für die Einladung der Sitzungen des SprecherInnenrates und die Erstellung der Tagesordnung dieser Sitzungen,
2. die Vertretung des Unterbezirkes gegenüber der Partei,
3. die Vertretung des Unterbezirkes gegenüber des Juso-Bezirk und des Juso-Landesverbandes,
- 25 4. die Finanzverantwortliche oder den Finanzverantwortlichen gem. § 5 Absatz 3,
5. die Verantwortlichen für die Mitgliederbetreuung,
6. die Vertretung des Unterbezirkes gegenüber der Presse,
7. die Organisation der Emailverteiler und vergleichbarer Medien.

30 Der Plan zur Geschäftsverteilung wird dem AGen-Plenum mitgeteilt. Festlegung und Änderungen der Punkte 1.- 4. des Planes bedürfen der Zustimmung des AGen-Plenums. § 5 Absatz 2 Satz 4 findet Anwendung, insbesondere mit der Maßgabe, die Verantwortungen an möglichst viele SprecherInnen zu verteilen. § 5 Absatz 3 und 4 sind außer Kraft.

35 (IV) Die Regelungen der Absätze 1 – 2 gelten für die ordentlichen Unterbe-
zirkskonferenz 2010.

Es wird der alte § 8 als neuer § 9 in die Satzung eingefügt:

§ 9 [Schlussbestimmungen]

40 (1) Änderungen dieser Satzung bedürfen einer Mehrheit von mindestens
Zwei-Dritteln der anwesenden stimmberechtigten Delegierten auf einer
Unterbezirkskonferenz.

(2) Bestehen Zweifel, ob ein Beschluss eines Gremiums gegen die Satzung
verstößt, so entscheiden gemäß § 11 Absatz 3 der Wahlordnung der SPD
die zuständigen Gremien des SPD-Unterbezirks über dessen Gültigkeit.

45 (3) Diese Satzung tritt am 27.03.2010 in Kraft. Alle vorangehenden Satzungen
der Jusos in der Region Hannover treten damit außer Kraft.

Begründung:

50 Zu § 8:

Eingefügt wird eine Regelung, die es ermöglicht einmalig den Vorstand der
Jusos in der Region Hannover durch einen gleichberechtigten SprecherInnenrat
zu leiten. Dabei werden bestehende Regelungen nicht angetastet,
dies erfordert die Schaffung eines neuen Paragraphen.

55 Absatz 1: Legt den Grundgedanken fest. Die Regelung sorgt für die Über-
tragung aller Aufgaben auf den SprecherInnenrat.

60 Absatz 2: Regelt die Struktur der zukünftigen SprecherInnenrate. Dies er-
scheint notwendig, da durch den Wegfall der klassischen Vorstandstruktur
die Aufgaben neu geordnet werden müssen. Dabei wird das AGen-Plenum
einbezogen um zu verhindern, dass eine Sprecherin oder ein Sprecher zu
viele oder gar alle Aufgaben auf sich vereint und so die Gleichberechtigung
der SprecherInnen unterläuft. Zudem wird sichergestellt, dass klare
Zuständigkeiten geschaffen werden und Entscheidungen nachvollziehbar
bleiben.

65 Absatz 3: Dieser Absatz setzt fest, dass die Regelung für den kommenden
Vorstand als Übergangsmodell gilt. In den nachfolgenden Jahren bleibt es
möglich, die Regelungen durch Satzungsänderung (2/3-Mehrheit) zu reakti-
vieren.

Zu § 9:

- 70 Der alte § 8 wird mit geringfügigen Änderungen zum neuen § 8. Dabei werden veraltete Regelungen (alter Absatz 3) gestrichen.

SATZUNGSÄNDERUNG 3) WEITERENTWICKLUNG DES VORSTANDES *Antragssteller Juso Unterbezirksvorstand*

75

Die Unterbezirkskonferenz der Jusos in der Region Hannover möge beschließen:

Ergänze im § 5 der Satzung der Jusos in der Region Hannover die folgenden Regelungen:

- 80 (7) Der Unterbezirksvorstand tagt verbandsöffentlich. Der Ausschluss der Verbandsöffentlichkeit ist nur in Finanzfragen möglich, wenn die Nichtöffentlichkeit gesetzlich oder von der Partei angeordnet wird oder wenn erhebliche Persönlichkeitsrechte nur durch den Ausschluss der Verbandsöffentlichkeit geschützt werden können. Die Nichtöffentlichkeit ist für jeden Tagesordnungspunkt der sie betrifft zu entscheiden und im öffentlichen Protokoll zu begründen.
- 85

Die derzeitigen § 5 Absätze 2 – 5 werden neu nummeriert zu 3 – 6. Die Querverweise auf § 5 in der Satzung werden entsprechend geändert.

90

Begründung:

Die angestrebten Maßnahmen ergänzen die bestehenden Regelungen der Satzung. Sie gälte, so den beschlossen, für alle künftigen Vorstände, auch für etwaige SprecherInnenräte.

- 95 Der neue Absatz 2 soll sicherstellen, dass alle Mitglieder des Vorstandes zukünftig die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhalten müssen um gewählt zu werden. Dabei ist in jedem Wahlgang nur derjenige oder diejenige gewählt, der oder die dabei die Mehrheit der Stimmen erreicht. Dies gilt auch für den 2. und 3. Wahlgang. Diese Regelung kann die Legitimation der gewählten erhöhen. Derzeit sind alle KandidatInnen gewählt, die die relative Mehrheit, also die meisten Stimmen, erreicht.
- 100

Der neue Absatz 3 soll einen Streitpunkt der letzten Monate abschließend regeln. Umstritten war unter welchen Umständen Genossinnen und Genossen von Sitzungen ausgeschlossen und ohne sie diskutiert und entschieden werden kann. Die vorgeschlagene Regelung ermöglicht den Ausschluss von Genossinnen und Genossen nur dann, wenn die Partei (Stichwort Finanzen) oder Einzelne vor einer Öffentlichkeit zu schützen. Denkbar wären zum einen kritische Finanzinformationen oder Wahlkampfplanung der Partei die vor „Durchsickern“ zum politischen Gegner gesichert werden müssen. Denkbare Fälle der erheblichen Persönlichkeitsrechte wären zB der Rückzug einer Genossin oder eines Genossen aus Gründen wie Krankheit, Trauerfälle, persönlichen Finanzprobleme, Schwangerschaften und andere vergleichbare Themen. Der Ausschluss der Verbandsöffentlichkeit in allen anderen Fällen wird damit verhindert.

Arbeitsmarktpolitik

AR 1) PRAKTIKA PRAKTIKABEL MACHEN

Antragsteller Juso AG Nordstadt

Der Juso Unterbezirk Region Hannover möge beschließen:

Die SPD Region Hannover wird aufgefordert, grundsätzlich nur noch bezahlte Praktika anzubieten. Diese Regelung gilt ab einer Praktikumsdauer von sechs Wochen. Absolventen sollen grundsätzlich nicht mit Praktikumsverträgen, sondern mit befristeten Arbeitsverträgen angestellt werden.

Bestehende Praktikumsverhältnisse sind von dieser Regelung ausgeschlossen.

Bildung, Wissenschaft und Jugend

B 1) BILDUNGSFÖDERALISMUS VERÄNDERN!

Antragssteller Arbeitskreis Bildung

Wird an die Bezirkskonferenz weitergeleitet

Die Juso Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

Wir fordern, dass

- 1. der Föderalismus im Bildungssektor aufgehoben muss werden.**
- 2. national gleichwertige Abschlüsse nach jedem Schuljahr gibt, um die innerdeutsche Mobilität zu erleichtern.**
- 3. allen Länder, ihrem Bedarf entsprechend Gelder zugeteilt werden.**
- 4. eine gleiche Besoldung der Lehrenden in den Ländern zur Regel wird.**
- 5. die Lehramtsausbildung reformiert wird, sodass die Abschlüsse zur Anstellung in allen Ländern befähigen.**
- 6. es ein einheitliches Schulsystem in ganz Deutschland gibt.**
- 7. Dabei dürfen regionale Besonderheiten in Bezug auf das Lehrangebot und Lehrinhalte nicht gestrichen werden.**

B 2) KRANKES KIND ALS SPAROBJEKT – FÜR MEHR BESCHULUNG IN KRANKENHÄUSERN

Antragssteller Juso AG Südost, AK Bildung

Wird an die Bezirkskonferenz weitergeleitet

Die Unterbezirkskonferenz möge beschließen und an die Bezirkskonferenz weiterleiten:

- 1. Die Jusos fordern die Rücknahme des Erlasses des**

niedersächsischen Kultusministeriums, die Stundenzahl für die Beschulung von Kindern und Jugendlichen während eines Krankenhausaufenthaltes auf zwei Stunden zu reduzieren.

2. Die Jusos fordern die niedersächsische Landesregierung auf, die entsprechende Richtgröße auf mindestens 20 Stunden pro Woche zu erhöhen. Schülerinnen und Schüler sollen in dem Maße Unterricht erhalten können, welcher ihrer physischen und psychischen Belastbarkeit angemessen erscheint.

B 3) MITBESTIMMUNG IN DER HOCHSCHULE SICHERSTELLEN

Antragsteller Juso AG Südstadt-Bult, AK Bildung

Die Juso Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

1. Im NHG wird festgelegt, dass das Präsidium einer Hochschule per Urwahl durch alle Statusgruppen ins Amt kommt. Die KandidatInnen für das Präsidium haben sich dabei verbindlich vorher im Senat, den Fakultätsräten, dem Studentischen Rat / Studierendenparlament und den Fakultätsfachschaftsräten vorzustellen, damit diese Gremien unabhängig voneinander eine Nominierung vornehmen können, sodass die einzelnen Gruppen sehen können, welcher KandidatIn ihnen von welchem Gremium empfohlen wird.
2. Zudem wird im NHG festgelegt, dass das Präsidium alle 2 Jahre neu gewählt werden muss.
3. Wir fordern die SPD Fraktion im niedersächsischen Landtag dazu auf, die in § 5 des Niedersächsischen Hochschulgesetzes (NHG) festgeschriebene Beteiligung der Studierenden bei der Evaluation von Lehre und Studium mit Nachdruck an die Hochschulen heranzutragen.
4. Außerdem soll der Akkreditierungsrat nur solche Agenturen zuzulassen, die ausschließlich Studiengänge akkreditieren, die das Kriterium der Teilhabe der Studierenden am internen Evaluationsprozess konsequent erfüllen.

B 4) HOCHSCHULLEHRE VERBESSERN!

Antragsteller Juso AG Südstadt-Bult, AK Bildung

Die Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

Die niedersächsische Landtagsfraktion der SPD wird angehalten, sich für die Verbesserung der Lehre an den niedersächsischen Hochschulen einzusetzen. Wir fordern:

1. Mehr HochschuldozentInnen und eine Aufstockung des Verwaltungspersonals. Die Anzahl der in der universitären Lehre tätigen Wissenschaftlern muss mindestens wieder auf den Stand vor dem im Jahre 2004 begonnenen Stellenabbau der schwarz-gelben Landesregierung gebracht werden.
2. Die Kapazitätsverordnung des Landes Niedersachsen muss dahingehend geändert werden, dass eine geringere Betreuungsquote von maximal 25 Studierenden pro HochschuldozentIn erreicht wird.
3. Verpflichtende Schulungen der HochschuldozentInnen: Die Habilitationsordnungen sollen dahingehend geändert werden, dass Kurse für Didaktik, und Methodik verpflichtend in die Vorgaben mit eingebaut werden und entsprechende Kurse von den Hochschulen dazu angeboten werden. Dazu gehören auch psychologische Grundlagen, Rhetorik und spezifische Fachdidaktik. Außerdem müssen HochschuldozentInnen dazu verpflichtet werden, jährlich an Fortbildungsseminaren zur Fachdidaktik teilzunehmen, diese sollten insgesamt mindestens 40 Stunden umfassen. Gleiches gilt auch für Lehrbeauftragte und alle anderen in der Lehre tätigen DozentInnen, diese sollen zu Beginn ihrer Tätigkeit an Hochschulen eine Grundausbildung in der Lehrvermittlung (Didaktik und Methodik) erhalten und vertraglich dazu verpflichtet werden auch an den jährlichen Seminaren zur Fachdidaktik teilzunehmen, davon ausgenommen sind Mediziner.

Europapolitik

EU 1) EIN STANDORT DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTES

Antragsteller Juso AG Südost

Die Unterbezirkskonferenz möge beschließen und an die Mitglieder der SPD im Europäischen Parlament weiterleiten:

1. Die Jusos sprechen sich für die Abschaffung des zweiten Tagungsortes des Europäischen Parlamentes in Straßburg aus.
2. Die Mitglieder der SPD im EP werden aufgefordert sich für eine Änderung der entsprechenden Verträge einzusetzen.

EU 2) EU-PROGRAMM FÜR PLASTIKFISCHER

Antragsteller Juso AG Nordstadt

Wird an die Bezirkskonferenz weitergeleitet

Die Juso Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

„Plastik in den Meeren ist ein Problem. Die ökologischen und ökonomischen Folgen sind nicht abzuschätzen. Daher machen wir Jusos uns für die Bekämpfung dieses Problems stark.

Konkret fordern wir, dass Häfen zukünftig verpflichtet werden Plastikabfälle abzunehmen. Dabei ist vorzuschreiben, dass in allen Häfen der Europäischen Union in denen Berufsfischer regelmäßig anlegen die Infrastruktur zur Löschung von Plastikfunden von Fischern zur Verfügung steht. Den Fischern ist ein entsprechender Unkostenbeitrag mit den Hafengebühren zu verrechnen oder auszuzahlen. Die Finanzierungslücke, die den Häfen dabei entsteht, ist durch Gemeinschaftsmittel auszugleichen. Eine fachgerechte Entsorgung ist sicherzustellen.

EU 3) FRONTEX UMBAUEN – DAS STERBEN STOPPEN!

Antragsteller Juso AG Nordstadt

Wird an die Bezirkskonferenz weitergeleitet

Die Juso Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

Wir, die Jusos in der Region Hannover, fordern:

Das Ende der Abschottung Europas durch die Beschränkung der Zuwanderung auf hoch ausgebildetes Personal. Stattdessen fordern wir eine Zuwanderung aus Drittländern die die europäischen Bevölkerungszahlen mäßig ansteigen lassen. Das Sterben an den Grenzen Europas muss aufhören. Frontex darf nicht Boote abdrängen oder Menschen ohne rechtliches Gehör in Drittstaaten abschieben. Wir fordern daher insbesondere:

- Die sofortige Beendigung der Einsätze von Frontex im Mittelmeer, wenn diese Einsätze zum Ziel oder zur Folge haben, dass Menschen in Booten abgedrängt, abgeschreckt oder anders in Gefahr gebracht werden.
- Die Prüfung der bisherigen Vorfälle durch die jeweils zuständigen Staatsanwaltschaften und Polizeibehörden.
- Die Auflösung der Abkommen zwischen den Mitgliedstaaten, Frontex und den nordafrikanischen Staaten die zum Ziel oder zur Folge haben, dass Frontex oder Polizei oder Militärkräfte der Mitgliedstaaten außerhalb der Hoheitsgebiete der Mitgliedsstaaten Patrouillen oder ähnliche Maßnahmen durchführen können.
- Die von Migrationszentren in den spanischen Enklaven Ceuta und Mellila, sowie ein Abkommen mit Marokko und dessen Anrainer-

staaten, das sicherstellt, dass alle Flüchtlinge diese Migrationszentren erreichen können. In den Migrationszentren muss neben der Möglichkeit einen Asylantrag zu stellen auch die Möglichkeit bestehen, legal nach Europa zu kommen.

- Die Rücknahme von Straftatbeständen bei der Hilfe von Menschen ohne Aufenthaltserlaubnis für die gesamte Gemeinschaft.
- Eine Amnestie in der Form einer Daueraufenthaltserlaubnis für alle Menschen in Europa, die bisher über keine Solche verfügen

Für Deutschland fordern wir zudem:

- Die Abschaffung der Residenzpflicht, des Arbeitsverbotes und der Kasernierung in „Asylbewerberheimen“. Zudem die Anwendung des SGB XII bzw. SGB II („Hartz IV“) für alle Menschen, unabhängig von ihrer Nationalität.

Familien-, Frauen- und Gleichstellungspolitik

F 2) GLEICHE RECHTE FÜR GLEICHE PFLICHTEN!

Antragsteller Juso-AG NordWest, Projekt Gleichstellung

Wird an die Bezirkskonferenz weitergeleitet

Die Unterbezirkskonferenz der Jusos Region Hannover möge beschließen:

1. Wir fordern alle Gliederungen der Partei auf gemeinsam für eine echte Gleichstellung von Lebenspartnerschaften mit der Ehe zu streiten.
2. Insbesondere wird die SPD-Bundestagsfraktion aufgefordert einen Gesetzentwurf in den Bundestag einzubringen, der
 - a. eingetragenen Lebenspartnern eine „Fremdkindadoption“ ermöglicht. Dazu ist von der SPD Bundestagsfraktion eine entsprechende Änderung der §§°1741°ff.°BGB in den Bundestag einzubringen.,
 - b. Ungleichheiten im Einkommensteuerrecht beseitigt,
 - c. Ungleichheiten im Erbrecht und der Erbschaftssteuer beseitigt,
 - d. Ungleichheiten im Beamtenrecht beseitigt
 - e. das Standesamt als einheitliche Stelle für die Schließung von eingetragenen Lebenspartnerschaften vorsieht.
3. Weiterhin werden alle Gliederungen der SPD aufgefordert sich für eine Erweiterung des Art. 3 III GG um den Punkt der sexuellen Orientierung einzusetzen.

Gesundheitspolitik

G 1) HÄNDE AUS DEN HOSENTASCHEN! - ERSTE HILFE STÄRKEN

Antragsteller Juso AG Südost

Wird an die Bezirkskonferenz weitergeleitet

Die Unterbezirkskonferenz möge beschließen und an die Bezirkskonferenz weiterleiten:

- 1. Die Jusos fordern die Integration des verpflichtenden Themenkomplexes "Erste Hilfe" in den Unterricht aller Schulformen ab der 5. Klasse. Dies soll in Form von Projekttagen erfolgen. Diese sind von Dozentinnen und Dozenten kurs anbietender Organisationen durchzuführen und mindestens alle zwei Jahre zu wiederholen. Grundschülerinnen und Grundschulern ist zumindest die korrekte Abgabe eines telefonischen Notrufs zu vermitteln.**
- 2. Die Einrichtung von schulischen wie außerschulischen Arbeitsgemeinschaften zum Thema "Erste Hilfe" ist durch die entsprechenden Bildungsträger zu fördern.**
- 3. Die verpflichtende Teilnahme an einem Erste Hilfe-Lehrgang wird auf alle Führerscheinklassen – unter Abschaffung des Kurses "Lebensrettende Sofortmaßnahmen" - erweitert.**
- 4. Personen, die nicht der allgemeinen Schulpflicht unterliegen, sind gesetzlich verpflichtet, mindestens alle fünf Jahre an einem Erste Hilfe-Kurs teilzunehmen, sofern dies ihre gesundheitliche Verfassung zulässt. Angehörige medizinischer Berufe sind hiervon ausgenommen. Die Kosten tragen Bund und Länder. Bei Zuwiderhandlungen ist ein Bußgeld zu verhängen.**
- 5. Anbieter entsprechender Schulungen sind regelmäßig hinsichtlich der Ausbildungsqualität und -aktualität zu überprüfen sowie ihre Zulassung an strenge Kriterien zu knüpfen. Weiterhin sollen sie angehalten werden, die Gewichtung der Inhalte innerhalb der Kurse regelmäßig kritisch zu hinterfragen.**

G 2) MEHR VERANTWORTUNGSVOLLES HANDELN – REFORM DES ORGANSPENDERECHTS

Antragsteller Juso AG Südost

Wird an die Bezirkskonferenz weitergeleitet

Die Unterbezirkskonferenz möge beschließen und an die Bezirkskonferenz weiterleiten:

- 1. Die Jusos fordern die Reform des Transplantationsrechts im Hinblick auf die Einführung der Zustimmungsregelung bei Organspenden. Kern der Regelung ist die Notwendigkeit des ausdrücklichen Widerspruchs einer Spenderin oder eines Spenders gegen die Organentnahme. Widerspricht sie oder er nicht, sind die Organe zur Transplantation freigegeben. Dies soll sich nur auf Personen erstrecken, die dazu in der Lage sind, ihr Selbstbestimmungsrecht selbstständig auszuüben und volljährig sind. Der entsprechende Widerspruch wird dabei in einem bundesweiten Register vermerkt.**
- 2. Aufklärungskampagnen über den Themenkomplex „Organspende / Transplantation“ sind zu intensivieren. Das Problem muss zudem verpflichtend im Unterricht aller weiterführenden Schulen behandelt werden.**
- 3. Patientinnen und Patienten im Besitz einer Patientenverfügung sollten darauf hingewiesen werden, im Falle der Entscheidung gegen lebensverlängernde Maßnahmen den alleinigen Hirntod davon auszuschließen. Ansonsten würde dies einen irreversiblen Verlust potenzieller Spenderorgane bedeuten.**

Innen- und Rechtspolitik

I 1) SOFORTIGE BEENDUNG DER PERSONENKONTROLLEN VOR MOSCHEEN

Antragsteller Juso AG Vahrenwald-List

Die Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

Die Personenkontrollen vor Moscheen in Niedersachsen werden unverzüglich beendet. Die SPD- Landtagsfraktion wird aufgefordert, Innenminister Uwe Schünemann dringend auf die Einhaltung und die rechtlichen Voraussetzungen des § 12 Abs. 6 Nds. SOG zu ermahnen.

Die pauschale Aussage, dass Personen, die einer bestimmten Glaubensrichtung angehören, in die Nähe von Terrorismus und kriminellen Handelns gerückt werden, ist nach unserem Verständnis skandalös und diskriminierend. Wir verurteilen das Herstellen eines solch diffamierenden Zusammenhangs aufs Schärfste!

Wir fordern eine vorurteilsfreie Integration anstelle des Schürens und Schaffens von Ängsten!“

I 2) PERSPEKTIVEN UND ANREIZE FÜR DEN POLIZEIBERUF

Antragssteller Juso AG Vahrenwald-List

Die Unterbezirkskonferenz der Jusos Hannover möge beschließen: Den Polizeibeamten im gehobenen Dienst müssen Perspektiven geschaffen werden. Dafür muss überprüft werden inwiefern neue Positionen und Aufstiegsmöglichkeiten entstehen können und so der gehobene Dienst aufgewertet werden kann. Konkret fordern wir eine ergebnisoffene Diskussion über die Wiedereinführung des mittleren Dienstes, die Wiedereinführung des Weihnachtsgeldes (Staffelung der Höhe antiproportional zur Besoldungsgruppe) und zwar nicht nur für Polizeibeamte sowie die Einführung einer eigenständigen Polizeibesoldungsordnung.

Weiterhin fordern wir ein nachhaltiges Konzept hinsichtlich der Aufwertung der Dienstposten im Polizeivollzugsdienst.

I 4) JUGENDSCHUTZ JA! – ZENSUR NEIN!

Antragsteller Juso AG NordWest

Die Unterbezirkskonferenz der Jusos Region Hannover möge beschließen:

- 1. Als Richtlinie für die gesetzliche Prüfung gewaltorientierter Medien gilt für uns der Grundsatz: Jugendschutz ja! – Zensur nein!**

2. **Wir fordern gleichzeitig, das bereits vorhandene Instrumentarium des Jugendschutzgesetzes anzuwenden und die Anwendung dieser Gesetzgebung sporadisch zu kontrollieren.**
3. **Wir fordern Kurse zur Medienerziehung an Schulen für Jugendliche und kostenfreie Kurse zur Medienerziehung an Volkshochschulen für Eltern, um beiden Gruppen einen pädagogischen Umgang mit dem Internet und anderen neuen Medien beizubringen und so einer Jugendgefährdung vorzubeugen.**
4. **Die Schulen der Kinder und Jugendlichen sollen dann die Eltern darauf aufmerksam machen, dass es diese kostenfreien Volkshochschulkurse gibt.**

I 5) GEGEN EIN GEPLANTES ODER GEWÜNSCHTES ALKOHOLVERKAUFSVERBOT ZWISCHEN 22.00 BIS 4.00 UHR

Antragsteller Juso AG Südost

Die Unterbezirkskonferenz möge beschließen und an die Landtagsfraktion weiterleiten:

1. **Die Jusos Region Hannover sprechen sich gegen ein Alkoholverkaufsverbot zwischen 22.00 und 4.00 Uhr in Niedersachsen aus.**
2. **Die Stadtrats- und Regionsfraktionen werden aufgefordert, sich gegen ein entsprechendes Vorhaben einzusetzen.**

I 6) FÜR EINE AUSWEITUNG DER ALKOHOLTESTKÄUFE UND EINE KONSEQUENTE ANWENDUNG DER STRAFREGELUNGEN

Antragsteller Juso AG Südost

Die Unterbezirkskonferenz möge beschließen und an die SPD-Fraktion der Region Hannover weiterleiten:

Die Jusos sprechen sich für eine Ausweitung der Alkoholtestkäufe in Hannover aus.

I 7) BUßGELDER ANPASSEN

Antragsteller Juso AG Südstadt-Bult

Die Unterbezirkskonferenz möge beschließen, folgende Forderungen an die entsprechenden Gremien weiterzuleiten.

Wir fordern:

1. die Gestaltung von Bußgeldern für Ordnungswidrigkeiten nach Tagessätzen, entsprechend der wirtschaftlichen Verhältnisse der Betroffenen. Dies soll nicht Verwargelder betreffen.
2. die Abschaffung der Bußgeld Obergrenze von 50000€ für natürliche und eine Millionen € für juristische Personen.

Kommunalpolitik

K 1) HONEYWELL MUSS VERANTWORTUNG FÜR ALTLASTEN ÜBERNEHMEN - FÜR DIE EINFÜHRUNG EINES ALTLASTENFONDS!

Antragsteller Juso AG Vahrenwald-List

Die Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

Die Jusos in der Region Hannover fordern die niedersächsische Landesregierung dazu auf, einen Altlastenfond einzurichten. Der Fond soll Finanzmittel der öffentlichen Hand und von Unternehmen bündeln und für Sanierungsmaßnahmen bei Altlastproblemen bereitstellen. Die Jusos appellieren insbesondere an Honeywell, sich der moralischen Verantwortung für Altlasten zu stellen und sich an den Sanierungsmaßnahmen im Umfeld des De-Haen-Platzes in Hannover finanziell zu beteiligen.

K 2) POST VOR ORT

Antragsteller Juso AG Südost

Wird an die Bezirkskonferenz weitergeleitet

Die Unterbezirkskonferenz der Jusos in der Region Hannover möge beschließen und an die zuständigen Stellen weiterleiten:

1. Die Jusos im Bezirk Hannover sprechen sich dafür aus, die Deutsche Post DHL AG entschädigungslos in Staatshand zu überführen.
2. Als nunmehr alleiniger Eigentümer sorgt der Staat für klare Regelungen einer sozial ausgewogenen Postfilialdichte, einheitliche Standards in

den Postfilialen und kompetenter und zuverlässiger Zustellung in allen Regionen des Landes.

Organisationspolitik

O 1) ARBEITSTECHNIKEN DEMOKRATISCH WEITERENTWICKELN

Antragsteller Juso AG Nordstadt

Die Juso Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

„Der technische Fortschritt und insbesondere die Nutzung des Internets ermöglicht es Juso Gremien effektiver und schneller zu arbeiten. Dabei ist es möglich, mehr Genossinnen und Genossen zu beteiligen als dies ohne die Nutzung des Internets möglich wäre. Gleichzeitig kann die Anwendung neuer Technologien dazu führen, dass Genossinnen und Genossen von Prozessen ausgeschlossen werden. Diese Gefahr besteht überall dort, wo Entscheidungen oder Debatten aus Sitzungen herausgenommen werden und in Telefonkonferenzen oder Emailabstimmungen diskutiert und beschlossen werden. Wir Jusos benötigen daher klare Regeln für diese Form der Organisation der Arbeit. Die Änderung des Mediums kann nicht eine Änderung der Öffentlichkeit oder der Nachvollziehbarkeit von Entscheidungen nach sich ziehen. Ebenso wie in Sitzungen, müssen daher auch andere Formen parteiöffentlich sein, jede und jeder muss seine Argumente in die Debatte einführen können und es muss nachvollziehbar bleiben, wer wann was beschlossen hat.

Die Juso Unterbezirkskonferenz fordert daher den Juso Unterbezirksvorstand sowie die Vertreterinnen und Vertreter der im Bezirk und Landesverband dazu auf, entsprechend dieses Beschlusses Regeln auf den jeweiligen Ebenen zu erstellen und den jeweiligen Gremien zur Abstimmung vorzuschlagen.

O 2) BESCHLUSSBUCH

Antragsteller Juso AG Nordstadt

Die Juso Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

Der Juso Unterbezirksvorstand erstellt aus dem Arbeitsprogramm sowie allen beschlossenen Anträgen der Unterbezirkskonferenz und der AGen-Plenen eine Übersicht der an ihn gerichteten Arbeitsaufträge. Er weist darin in geeigneter Form deren Erledigung nach und legt diese Übersicht

dem Rechenschaftsbericht auf der nächsten ordentlichen Unterbezirkskonferenz bei.

O 3) BESCHLUSSBÜCHER VERÖFFENTLICHEN

Antragsteller Juso AG Südstadt-Bult

Die Juso Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

Zukünftig werden alle inhaltlichen Beschlüsse und vor allem die Beschlussbücher aller SPD Arbeitsgemeinschaften und Gremien ab der Unterbezirksebene an aufwärts im Internet veröffentlicht.

Sozialpolitik

S 1) VERHINDERUNG DER EINFÜHRUNG DES BETREUUNGSGELDES

Antragsteller Juso AG Vahrenwald-List

Wird an die Bezirkskonferenz weitergeleitet

Die Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

Wir fordern, dass

- 1. die geplante Einführung des Betreuungsgeldes verhindert wird.**
- 2. die für das Betreuungsgeld geplanten Mittel vielmehr in den Ausbau des frühkindlichen Bildungssystems, in die Vollbezuschussung der Kitaplätze für einkommensschwache Familien, in die bessere Bezahlung der ErzieherInnen o.ä. investiert werden sollen. Dadurch wird eine bessere Qualität der Bildungsangebote erzielt, die direkt die Kleinsten erreicht – und gerade darauf kommt es an!**

Umwelt-, Energie- und Verkehrspolitik

U 1) ATOMAUSSTIEG JETZT KOMMUNAL WEITERDENKEN

Antragsteller Juso AG Burgdorf

Die Unterbezirkskonferenz der Jusos in der Region Hannover möge beschließen:

Die Jusos in der Region Hannover setzten sich dafür ein, dass die Stadtwerke in Stadt und Region den Energiemix für angebotene Tarife – einschließlich Grundversorgung – auf rein kernenergiefreie Quellen umstel-

len. Des Weiteren werden die Stadtwerke aufgefordert einen Maßnahmenkatalog für die Umstellung auf eine emissionsfreie Grundversorgung in einem Zeitplan mit festen Reduktionsschritten zu entwickeln.

U 2) BARRIEREFREIHEIT AUSBAUEN!

Antragsteller Juso AG NordWest

Die Unterbezirkskonferenz der Jusos Region Hannover möge beschließen:

- 1. Die Jusos in der Region Hannover fordern die Regionsversammlung dazu auf, die Barrierefreiheit des ÖPNV¹ weiter auszubauen, bis die Stadtbahnen komplett barrierefrei sind.**
- 2. Insbesondere fordern wir mit sämtliche Haltestellen in Nähe zu Bildungsinstitutionen, wie etwa den Haltestellen „Universität“, „Schneiderberg–Wilhelm-Busch-Museum“ und „Nieschlagstraße“, zu beginnen.**
- 3. Gleichzeitig sollen Haltestellen, die bislang noch nicht barrierefrei sind, jedoch in stark frequentiert sind, in Angriff genommen werden.**

U 3) KLARE LINIE DER PARTEI ZUR GENTECHNIK!

Antragsteller Juso AG NordWest

Wird an die Bezirkskonferenz weitergeleitet

Die Unterbezirkskonferenz der Jusos in der Region Hannover möge beschließen:

- 1. Wir fordern die SPD in Bund, Ländern und Kommunen dazu auf, den Einsatz der grünen und roten Gentechnik in der Bundesrepublik gemeinsam zu diskutieren und eine schriftlich dargelegte und einheitliche Stellungnahme zu diesem Thema zu erstellen, die dann bindende Beschlusslage der Partei wird.**
- 2. In die Betrachtungen mit einbezogen werden muss vor allem das Protokoll von Cartagena über die biologische Sicherheit, welches völkerrechtlich bindend den grenzüberschreitenden Transport, die Handhabung und den Umgang mit gentechnisch veränderten Organismen regelt und auch von deutscher Seite aus ratifiziert wurde.**
- 3. Die Partei muss auch besonderes Augenmerk auf die Erfahrungen mit Gentechnik in Entwicklungsländern legen, sowie Chancen und**

¹ ÖPNV: Öffentlicher Personennahverkehr

Risiken für die Bevölkerung abwägen. Dabei sind unabhängige, wissenschaftliche Untersuchungen zu Rate zu ziehen, die die Langzeitfolgen auf Ökosystem und Gesellschaft behandeln und patentrechtliche Aspekte mit einbeziehen.

U 4) LICHTVERSCHMUTZUNG EINDÄMMEN – UNNÖTIGE BELEUCHTUNGEN AUF DEN PRÜFSTAND STELLEN

Antragssteller Juso AG Nordstadt

Wird an die Bezirkskonferenz weitergeleitet

Die Unterbezirkskonferenz der Jusos in der Region Hannover möge beschließen und an die Stadtrats- und Regionsfraktion weiterzuleiten:

Um einer vermehrten Lichtverschmutzung in Stadt und Region Hannover Einhalt zu gebieten, fordern wir ein Programm zu Reduzierung der Lichtverschmutzung mit folgenden Aspekten:

Reduzierung unnötiger Beleuchtungen, dazu insbesondere

- **Abschalten falls möglich jeder dritten Straßenlaterne**
- **Abschalten von Flutlichtanlagen zu Nachtzeiten mit niedriger Frequentierung**
- **Überprüfung, welche Gebäude nachts wie lange und ob überhaupt angestrahlt werden müssen**
- **Änderung der Bauordnung, um unnötige Leuchtreklame einzudämmen**
- **Einsatz von effektiveren und energiesparenderen Lampen (z. B. LED)**
- **gezieltere Beleuchtung (von oben statt von unten)**
- **Abschirmung von Lichtquellen, um eine Abstrahlung nach oben und zu den Seiten zu verhindern.**
- **Einrichtung eines Modellprojektes zum Anschalten von Straßenlaternen durch Mobiltelefone**

U 5) FÜR GUTE UND SCHNELLE LÖSUNGEN FÜR MOBILITÄTSEINGESCHRÄNKTE BÜRGERINNEN UND BÜRGER. FÜR DIE KONSEQUENTE UMSETZUNG VON HOCHBAHNSTEIGEN

Antragsteller Juso-AG Linden Limmer

Die Jusos des Unterbezirks Hannover mögen beschließen:

Wir sprechen uns für den Ausbau der Linie 10 der Stadtbahn mit Hochbahnsteigen aus und lehnen das Konzept zur Einführung einer Niederflurbahn-Strecke ab.

Resolutionen

RESOLUTION 1) KEINE UNANGEBRACHTEN NAZI-VERGLEICHE!

Antragsteller Juso AG NordWest, Juso AG Vahrenwald-List, Juso AG Linden-Limmer

Es ist im politischen Umgang miteinander offenbar immer mehr zur Mode geworden, bestimmte politische Personen oder auch Publikationen mit den Auswüchsen der NS-Gewaltherrschaft gleichzusetzen.

Historisch sind solche Vergleiche vollkommen rückhaltlos. Die Propaganda des NS-Gewaltregimes war darauf ausgerichtet, die systematische Vernichtung ganzer Bevölkerungsteile vorzubereiten. Die Inhalte der Propaganda waren immer rassistisch und antisemitisch. Ein historischer Vergleich mit diesen Mitteln kann deshalb nur dann erfolgen, wenn man ihn mit sich selbst vergleicht. **Alles andere stellt eine Verharmlosung der NS-Gewaltherrschaft und ihrer Mittel dar. Nazi-Vergleiche dürfen nur mit Nazis gezogen werden!**

In Politik und Gesellschaft werden solche Vergleiche recht häufig herangezogen, um die Schlagkraft der eigenen These zu erhöhen und die Diskussion kritischer zu machen, wodurch sie automatisch bekannter wird. Oft wird dabei die Verharmlosung des NS-Gewaltregimes von den Leuten, die solche Vergleiche heranziehen, überhaupt nicht wahrgenommen, weil sie in keinem Falle ausgewiesene Experten der neuzeitlichen Geschichte sind, sondern eigens empfundene Ungerechtigkeiten sofort mit einem der dunkelsten Kapitel der Menschheitsgeschichte gleichsetzen.

Aber auch moralisch sind solche Vergleiche gerade in der Sozialdemokratie völlig unangebracht. Die Sozialdemokratie hat als einzige politische Kraft gegen das Ermächtigungsgesetz Hitlers im Reichstag gestimmt. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wurden zu der Zeit politisch verfolgt, in großen Teilen gefoltert und ermordet. Die Nachfahren innerhalb der Partei haben sich durch ihren Eintritt in die Partei zum demokratischen Sozialismus bekannt, einem gesellschaftlichen Ziel, dass die Wiederholung dieser Schrecken der Vergangenheit ausschließt. **Somit ist es**

auch moralisch falsch und überhaupt keine Form des innerparteilichen Umgangs miteinander, solche Vergleiche zu ziehen!

Wir fordern alle Genossinnen und Genossen in Stadt und Region Hannover dazu auf, solche Vergleiche grundsätzlich zu unterlassen, es sei denn, es geht als Thematik tatsächlich um das nationalsozialistische Gewaltregime.

Weiterhin fordern wir von allen Redeleitungen, die es in unseren Gremien gibt, im Falle eines solchen Vergleichs mit voller parlamentarischer Härte, durch Ordnungsrufe und Verweise, dagegen vorzugehen.

INITIATIVANTRÄGE

INITIATIVANTRAG 1) SCHLUSS MIT FALSCHEN VORURTEILEN – BLUTSPENDE FÜR HOMOSEXUELLE ERLAUBEN!

Antragsteller Juso AG Südost

Die Unterbezirkskonferenz möge beschließen und an die Bezirkskonferenz weiterleiten:

1. Die Jusos fordern die Bundesregierung und die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich für eine Zulassung von Homosexuellen zur Spende von Blut, Blutprodukten und Knochenmark gemäß des Transfusionsgesetzes einzusetzen.
2. Die Jusos fordern, dass die Erlaubnis zur Spende vom individuellen Risiko der Spenderin / des Spenders abhängig gemacht wird. Entsprechendes ist einem ärztlichen Vorgespräch zu erfragen.

INITIATIVANTRAG 2) SCHÜTTELN IST LEBENSGEFÄHRLICH – BUNDESWEIT!

Antragsteller Juso AG Südost

Die Unterbezirkskonferenz möge beschließen und an die Bezirkskonferenz weiterleiten:

Die Jusos fordern eine bundesweite öffentliche Aufklärungskampagne über Säuglingsschütteln nach den Vorbildern „Schütteln ist lebensgefährlich“ (Medizinische Hochschule Hannover) sowie „Vorsicht zerbrechlich“ (Sozialministerium Schleswig-Holstein). Zusätzlich sollen Kinderärztinnen und Kinderärzte dazu angehalten werden, vermehrt über die Folgen eines Schütteltraumas aufzuklären.

INITIATIVANTRAG3) FORSCHUNG RETTET LEBEN! - STAMMZELLGESETZ ÄNDERN

Antragsteller Juso AG Südost

Die Unterbezirkskonferenz möge beschließen und an die Bezirkskonferenz weiterleiten:

Die Jusos fordern die Bundesregierung und die SPD-Bundestagsfraktion auf, das „Gesetz zur Sicherstellung des Embryonalschutzes im Zusammenhang mit Einfuhr und Verwendung menschlicher embryonaler Stammzellen“ (kurz: Stammzellgesetz) wie folgt zu ändern:

- Die Stichtagsregelung zur Einführung menschlicher, embryonaler Stammzellen wird zugunsten einer Einzelfallprüfung aufgegeben.
- Strafanforderungen für deutsche WissenschaftlerInnen, die im Ausland an nach deutschem Recht verbotenen Forschungsprojekten im Bereich der Stammzellforschung beteiligt sind, werden aufgehoben.
- Import und Verwendung embryonaler Stammzellen sollen sowohl für Forschung, als auch für die Diagnose und Behandlung von Krankheiten zugelassen werden.

INITIATIVANTRAG 4) „KURT“ ONLINE – WLAN IM KURT-SCHUMACHER-HAUS ÖFFNEN!

Antragsteller Juso AG Südost

Die Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

Die Jusos UB Region Hannover fordern den SPD-Unterbezirksvorstand auf, das WLAN-Netz im Kurt-Schumacher-Haus für Genossinnen und Genossen zugänglich zu machen, um die Arbeit bei Sitzungen, Tagungen, Seminaren oder Konferenzen zu verbessern. Dies soll durch die Herausgabe von Passwörtern erfolgen. Ziel ist es, mehr Möglichkeiten zu geben, Kommunikationswege und Recherchequellen nutzen zu können

VOLKSBEGEHREN FÜR GUTE SCHULEN UMSETZEN

Antragsteller: AK Bildung Jusos Region Hannover

Die Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

- 1. Der AK Bildung entwickelt ein Konzept zur Sammlung von Unterschriften, um das „Volksbegehren für gute Schulen“ erfolgreich im Unterbezirk umzusetzen und stellt einen Arbeits- und Aktionsplan für den gesamten Kampagnenzeitraum. Dieser beinhaltet die Planung von Veranstaltungen, Aktionstagen und mindestens einer Aktionswoche. Der Schwerpunkt der Kampagne soll im Sommer durchgeführt werden.**
- 2. Das Konzept wird dem AGen-Plenum zur Diskussion und Abstimmung gestellt.**
- 3. Der AK Bildung koordiniert in Absprache mit dem Juso Unterbezirksvorstand die Jusokampagne und stellt auf Anfrage den Juso AGen Material und Hilfe für lokale Sammelaktionen zur Verfügung. Zudem soll ein Seminar mit dem Thema „Kampagnen erfolgreich durchführen“ angeboten werden. Die Ergebnisse können von Mitgliedern des AK Bildung bei Bedarf in den AGen vorgestellt werden.**
- 4. Der AK Bildung benennt einen zuständigen Ansprechpartner für die**

Zusammenarbeit und Vernetzung der Jusos mit dem Bündnis des Volksbegehrens und den zuständigen SPD Gremien und Arbeitsgemeinschaften.